

CDU-Generalsekretär Linnemann fordert radikale Kürzungen beim Bürgergeld

CDU-Generalsekretär Linnemann fordert die Streichung des Bürgergeldes für Arbeitsunwillige und begrüßt schärfere Regelungen.

Berlin - In der aktuellen Debatte um das Bürgergeld, das als Grundsicherung für Arbeitssuchende dient, fordert Carsten Linnemann, der Generalsekretär der CDU, umfassende Änderungen. Dabei steht aktuell die Frage im Raum, wie mit über 100.000 Bürgergeldempfängern verfahren werden soll, die seiner Ansicht nach nicht engagiert sind, einen Job zu suchen.

Die Bedeutung von Arbeitsanreizen

Linnemann legt den Fokus auf die Statistik, die aufzeigt, dass eine beträchtliche Zahl von Empfängern nicht gewillt ist, eine Arbeit anzunehmen. Er argumentiert, dass der Staat davon ausgehen müsse, dass solche Personen nicht bedürftig sind. „Wenn jemand grundsätzlich nicht bereit ist, Arbeit anzunehmen, muss die Grundsicherung komplett gestrichen werden“, so der CDU-Politiker. Dies verdeutlicht die Herausforderungen, vor denen die Grundsicherung steht: Insbesondere ist der Bezug von staatlichen Leistungen ohne die Bereitschaft, eine entsprechende Gegenleistung zu erbringen, ein wesentlicher Punkt in der Diskussion.

Neu regulierte Vorgaben zielen auf aktive Mitarbeit

In einem weiteren Schritt begrüßt Linnemann die von der

Bundesregierung geplante Verschärfung der Regelungen für Bürgergeld-Empfänger. Er sieht darin einen ersten Schritt zur Umsetzung eines geforderten Politikwechsels. Neue Maßnahmen sollen dazu führen, dass Bürgergeldempfänger zur Aufnahme einer Beschäftigung motiviert werden. Zukünftig wird auch das Ablehnen von als zumutbar angesehenen Arbeitsangeboten mit strengeren Leistungskürzungen geahndet, was die Konsequenzen des Arbeitsmarktes für die Empfänger deutlich macht.

Die Einbeziehung von geflüchteten Personen

Ein besonders umstrittenes Thema ist die Einbeziehung von ukrainischen Flüchtlingen, die ebenfalls Bürgergeld beziehen. Linnemann hebt hervor, dass diese Menschen ebenfalls eine Verantwortung innehaben, ihren Teil zur Gesellschaft beizutragen. „Die Ukrainer verteidigen auch unsere Freiheit. Aber wenn es eine Leistung gibt, ist sie mit einer Gegenleistung verbunden“, betont er und setzt sich für die Etablierung klarer Anreize ein.

Wachsende Diskussion in der Öffentlichkeit

Die Debatte um das Bürgergeld und die damit verbundenen Vorschläge bleibt in der Gesellschaft umstritten. Kritiker warnen vor möglichen negativen Auswirkungen auf vulnerable Gruppen, während Befürworter auf die Notwendigkeit der Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt hinweisen. Der Widerstand gegen leistungsunabhängige Zahlungen könnte in einer Zeit verstärkter finanzpolitischer Diskussionen und Ressourcenknappheit an Intensität gewinnen.

Die Auseinandersetzung über das Bürgergeld ist nicht nur ein politischer Streit, sondern berührt auch soziale Gerechtigkeit und die Herausforderungen, die mit der finanziellen Unterstützung von bedürftigen Menschen verbunden sind. Die

Forderung nach einer Reform der Grundsicherung könnte den Anfang einer neuen Ära in der Sozialpolitik darstellen, die vor allem auf Eigenverantwortung und Nachhaltigkeit setzt.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)